

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Claudia Stamm** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesunde Selbstversorgung statt teurer Essenspakete!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Versorgung von Personen, die Essenspakete als Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, nach dem Vorbild des Leverkusener Modells auf Selbstversorgung umzustellen.

Begründung:

Seit Januar 2010 verweigern immer mehr Flüchtlinge, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, die Annahme von Essenspaketen in Gemeinschaftsunterkünften (GU) in Niederbayern. Der Protest gegen die entmündigende Versorgung mit Essenspaketen weitet sich aus: Neben den niederbayerischen Gemeinschaftsunterkünften Hauzenberg und Breitenberg sind inzwischen auch die GU in Bogen, Lkr. Straubing, und seit dem 9. März 2010 die GUs Passau/Rittsteig und Regensburg von dem Boykott betroffen. Bereits im Juli 2009 hatten die Bewohnerinnen bzw. Bewohner der GU Kempten die Annahme der Essenspakete aufgrund der schlechten Qualität verweigert. Die Forderungen der Flüchtlinge unterstützen unsere langjährige Forderung nach Abschaffung der Essenspakete.

Bei der Expertinnen- bzw. Experten-Anhörung im Landtag, die auf Initiative der Grünen am 23. April 2009 stattgefunden hat, haben alle unabhängigen Expertinnen bzw. Experten für Selbstversorgung plädiert. Sie forderten, dass die Betroffenen möglichst schnell dazu befähigt werden sollten, ihr Leben selbst zu gestalten und zu finanzieren. Dies sei nicht nur im Sinne der Betroffenen, sondern auch im Interesse der Gesellschaft, u.a. um unnötige Kosten zu vermeiden. Als gelungene Alternative zur bayerischen Praxis wurde das Leverkusener Modell vorgestellt.

Delegierte des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit haben sich am 30. September 2009 in Leverkusen vor Ort in Gesprächen mit dem zuständigen Sozialdezernenten, den Vertreterinnen bzw. Vertreter aller Stadtratsfraktionen, Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, des Ausländerbeirats etc. ein differenziertes Bild über das Leverkusener Modell gemacht. Dieses sieht im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen auch deren Selbstversorgung mit Bargeld vor. Alle Beteiligten bestätigten gegenüber den Delegierten aus Bayern ausdrücklich die positiven Erfahrungen mit der Ausgabe von Bargeld. Sie versicherten, dass die Betroffenen in der Regel mit dem Geld sehr sorgfältig wirtschaften würden. Die Auszahlung von Bargeld kommt die Kommune zudem billiger, da die Kosten für die aufwändige Logistik wegfallen.

Die Erkenntnisse und Empfehlungen der Expertinnen bzw. Experten, die positiven Erfahrungen in Leverkusen und die Kostenfrage werden nach wie vor ignoriert. Weiterhin wird in Kauf genommen, dass Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, jahrelang vom Staat abhängig sein werden – auch zu Lasten des Steuerzahlers. Angesichts der sich zuspitzenden Situation in den Gemeinschaftsunterkünften in Niederbayern und der Oberpfalz ist Selbstversorgung als erster Schritt hin zu mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung geboten – im Sinne der Betroffenen, aber auch im Sinne der Gesellschaft.